

Leitantrag zum 39. Parteitag 2025: 1 – Die nächsten Schritte nach vorne

Antragsteller:innen: Bundesvorstand

Die Welt im Wandel

Seit dem letzten Parteitag im Juni 2021 hat sich viel in der kapitalistischen Welt verändert. Aufgehängt an Russlands Angriff auf die Ukraine bestimmen Krieg und Aufrüstung wieder die Politik und die Medien. Die Regierungen der europäischen Staaten – auch im neutralen Österreich – setzen riesige Rüstungspakete durch, während sie gleichzeitig Sozialleistungen kürzen. Die größten Aufrüstungsprogramme seit Jahrzehnten spülen Billionen Dollar in die Kassen der Rüstungsindustrie. Die Rückkehr atomarer Aufrüstung zeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Herrschenden die Gefahr menschheitsbedrohender Kriege in Kauf nehmen. Wer sich gegen Aufrüstung und für Frieden ausspricht, wird oft als feindliche:r Helfer:in dargestellt.

Diese Entwicklungen treffen die Gesellschaft nach Jahrzehnten des Neoliberalismus. Nachbarschaften und Dorfgemeinschaften haben weitgehend ihre Rolle eingebüßt. Gewerkschaften und Vereine haben an Stellenwert verloren. Öffentliche Einrichtungen wurden abgebaut, große Teile des öffentlichen Eigentums privatisiert und Gemeineigentum entwertet. Damit wurden uns gewachsene und erkämpfte Solidarstrukturen genommen. Deshalb sind viele Möglichkeiten verschwunden, gemeinsam Widerstand aufzubauen.

Das hat sich deutlich im gesellschaftlichen Umgang mit der Covid-Pandemie gezeigt: Die Idee, dass man gesellschaftliche Probleme gemeinsam lösen kann, ist fast verschwunden. Stattdessen werden Betroffenheiten auf uns Einzelne

abgewälzt. Wir haben einen weiteren Rückgang des sozialen Lebens und verstärkte Vereinzelung erlebt. Es gibt keine starke Kraft, die Politik auf Grundlage gemeinsamer Interessen und echter Solidarität macht. Wir sollten uns stattdessen zwischen technokratischer Staatsräson oder Sozialdarwinismus entscheiden. Deshalb befindet sich die bürgerliche Demokratie in einer Legitimationskrise – so schwer wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Mit dem Blick in die Zukunft ist das nur der Auftakt großer Verwerfungen. Teuerung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, die wachsende Klimakatastrophe, zunehmende Militarisierung und der eskalierende Kulturkampf (verstärkt durch soziale Medien) spalten die Gesellschaft immer stärker.

Wir Kommunist:innen führen diese Entwicklungen auf die Dynamiken des Kapitalismus zurück. Damit geht einher zu verstehen, wie sich der kapitalistische Staat in dieser Dynamik verändert und welche Veränderung das Patriarchat durchläuft. Aus diesen Erkenntnissen leiten wir ab, welche Partei Menschen brauchen, die unter den Folgen des Kapitalismus leiden.

Imperialistische Dynamik

Kriege haben erneut ihren Charakter im Weltgeschehen verändert. Die Zeit der Blockkonfrontation war geprägt von zahlreichen Stellvertreterkriegen, die die Einflussphären des Kapitalismus absichern oder ausdehnen sollten. Nach der turbo-kapitalistischen Integration der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und weiterer realsozialistischer Staaten wurde die USA zur unumstrittenen

Weltmacht und intervenierte nach Belieben, um unliebsame Regierungen loszuwerden. In den letzten Jahren haben sich die Kräfteverhältnisse im internationalen Staatensystem erneut verschoben. Die Kriege, die wir nun erleben, nehmen immer mehr den Charakter offener Auseinandersetzungen darüber an, wer die Rahmenbedingungen des weltweiten Kapitalismus bestimmt.

Im Zentrum steht dabei der immer härter geführte Wirtschaftskrieg, in dem die USA ihre Dominanz gegenüber China zu behaupten versuchen. Aggressive Drohgebärden und Suche nach Kompromissen gehen hier noch Hand in Hand. Der Krieg in der Ukraine ist der Versuch der russischen Regierung, im Spiel der Großmächte weiter mitzuspielen.

Im Windschatten dieser Kräfteverschiebungen verstärken sich auch regionale imperialistische Kriege wie die Angriffe auf die kurdischen Gebiete durch die Türkei, die iranischen Ambitionen zur regionalen Hegemonialmacht oder der Versuch Israels, seine Machtposition im Nahen Osten deutlich auszubauen. Der Genozid in Gaza wurde zugunsten der geopolitischen Interessen „des Westens“ zuerst legitimiert und später lange ignoriert. Der Angriff Israels auf den Iran wurde nicht umsonst zum „Erledigen der Drecksarbeit“ erklärt. Gelingt es uns nicht, in diese imperialistische Dynamik einzugreifen, erleben wir bisher nur den ersten Ausdruck der verschärften imperialistischen Konfrontation.

Die Krise des Neoliberalismus

Die wachsende imperialistische Konfrontation zwischen den großen

1 Mächten ist eine Folge der kapitalistischen Krise und der neoliberalen Politik, mit der sie bearbeitet wurde. Mit der Weltfinanzkrise wurden Grundfesten der neoliberalen Organisation des Kapitalismus infrage gestellt. Das erklärt die Ratlosigkeit, mit der die Regierungen der kapitalistischen Welt der Finanzkrise begegnet sind. Die Finanzkrise war nicht nur ein konjunktureller Einbruch, sie war ein deutliches Zeichen, dass das westliche Kapital überakkumuliert, also nicht ausreichend produktive Anlagemöglichkeiten findet. Die Schwemmung der Märkte mit billigem Geld durch Zentralbanken hat deshalb auch nicht wie erhofft zu einem großen wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Große Teile dieses Geldes sind in neue Blasen auf den Immobilien- und Finanzmärkten geflossen.

Die Geldpolitik der Zentralbanken war die zentrale Triebkraft der immer schnelleren Vermögenskonzentration, die seit 1914 nicht mehr so groß war wie heute. Vermögensverwaltungsfirmen wie BlackRock, Vanguard oder StateStreet verwalten Vermögensanteile, die im Wert das BIP wirtschaftlicher Großmächte übersteigen. Sie unterscheiden sich dabei zwar vom Finanzkapital vor dem Ersten Weltkrieg, als das Bankkapital direkt die operativen Entscheidungen der Unternehmen steuerte, aber die Botschafter der Schattenbanken sitzen in Regierungen oder beeinflussen direkt die Politik. Da der Staat wieder aktiver das Funktionieren der Profitmacherei absichern musste, wurde auch der Griff des Kapitals auf die Staaten fester.

Neben dieser Konzentration der Anteile am gesellschaftlichen Reichtum haben die großen Tech-Firmen wie Amazon, Apple, Microsoft, Google oder Meta monopolistische Bereiche geschaffen, in denen sie mit ihren Unternehmen nicht mehr Märkte dominieren, sondern eigene Märkte darstellen, die sie kontrollieren und abschöpfen. Aus dieser Position folgt die enorme Macht, die den Tech-Milliardären strukturell

wie personell zugewachsen ist. Die offen bevorzugte Stellung, die sie in der US-Regierung unter Donald Trump einnehmen, ist politischer Ausdruck dieser monopolistischen Machtzuspitzung.

Während der Krisen der letzten Jahre haben sich also die dominanten Kapitalfraktionen verändert und stärker zentralisiert. Doch das zugrundeliegende Problem – gleichzeitige Konzentration der Vermögen ohne nennenswerte Wachstumsperspektiven – wird dadurch nur weiter verschärft: Auf Dauer lässt sich finanzialisiertes Kapital (Aktienkapital, Staatsanleihen und Co.) ohne Gegenwerte im produktiven Kapital nicht endlos aufblasen. Letztere sind aber unter aktuellen Bedingungen immer schwieriger zu realisieren. Umso rastloser ist die Suche nach Anlagemöglichkeiten für das Kapital und damit wächst die weltweite Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten. Wenn es uns nicht gelingt, Gegenmacht zur kapitalistischen Produktionsweise aufzubauen, dann sind die Zerstörungen, die die Superreichen an unseren Lebensgrundlagen verüben, nur ein Vorgeschmack der offenen Diktatur der Milliardäre.

Die Krise der Arbeiter:innenklasse

Die Probleme des Kapitals sind nicht unsere Probleme, aber sie werden schnell zum Problem für uns. Die Krise treibt nicht nur die Kapitale und Kapitalfraktionen in Konkurrenz auf immer höherem Level. Stagnierende bis sinkende Reallöhne sind seit vielen Jahren Realität. Die Angriffe auf das Pensionssystem werden ebenso stärker wie der Druck auf die Verlängerung der Arbeitszeit. Der Kapitalismus untergräbt systematisch die Kaufkraft der arbeitenden Klasse, auf deren Ausbeutung sie verbunden mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und der neokolonialen Ausbeutung auf dem Weltmarkt beruht. Der Klassenkampf von oben hat auch die Konsumsphäre der arbeitenden Klasse voll erfasst und unter Druck gesetzt. Die extremen

Mietsteigerungen, die explodierenden Energiepreise und die darauf folgende Teuerung in den letzten Jahren lassen die Armut anwachsen. Finanzielle Unsicherheit erreicht damit auch die höheren Lohn- und Einkommensgruppen der Klasse. Besonders werden dadurch allein Erziehende Frauen oder Pensionistinnen getroffen. Die tatsächlichen Konflikte zwischen Profiteuren und Ausgebeuteten werden zu Verteilungskonflikten um die Reste des Sozialstaates umgedeutet. Mit der verlorenen Hoffnung auf Wohlstandsgewinne für die arbeitende Klasse haben die Gewerkschaften weiter an Bedeutung verloren.

Die politische Bearbeitung der Corona-Pandemie sowie der Teuerungskrise waren ein weiteres groß angelegtes Umverteilungsprogramm von unten nach oben und damit zwischen den Geschlechtern. Die privaten Milliardengewinne mit der öffentlichen Impfstoffbeschaffung sind nur ein Beispiel von vielen für diese ökonomische und politische Enteignung der arbeitenden Klasse. Das ist die andere Seite der extremen Vermögens- und Machtkonzentration in Teilen der herrschenden Klasse.

Die Klimakrise verschärft diesen sowieso explosiven Widerspruch in lebensbedrohender Weise. Sie ist allen voran eine soziale Krise. Während immer deutlicher wird, dass auch diese Krise Folge des kapitalistischen Wachstumszwangs ist, werden ihre Folgen vor allem für die ärmeren Klassen weltweit spürbar. Dürreperioden, Naturkatastrophen und Umweltzerstörung treffen die Bevölkerungen in Teilen des globalen Südens in voller Härte. Aber auch in den kapitalistischen Zentren führen Extremwetterlagen zu immer häufigeren Zerstörungen, Hitzetoten und verschärften Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Klimakrise darf nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen werden. Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeiter:innenklasse gegen den Kapitalismus zu organisieren, steuern

1 wir auf eine neue Ära von Massene-
lend und den Verlust unserer Le-
bensgrundlagen zu.

5 **Die Krise und die Geschlechterverhält-
nisse**

Auch die Geschlechterverhältnis-
se erleben in den letzten Jahren ein-
enen erneuten Wandel. Der Abbau
10 wohlfahrtsstaatlicher Infrastruktur
und von Sozialleistungen sowie die
Zersetzung der gesellschaftlichen
Solidarstrukturen wurde und wird
durch die unbezahlte Arbeit vor al-
15 lem von Frauen zu ihren Lasten auf-
gefangen. Reaktionäre Frauenbilder
legitimieren erneut den tatsächlichen
Zwang, dem Frauen ausgesetzt
werden. Die antifeministische Of-
20 fensive ist ein Mittel der Spaltung
der arbeitenden Klasse. Auch die
Hetze gegen queere Menschen findet
in dieser Perspektive ihre Funktio-
nalität für das herrschende System.

25 Neben dieser Indienstnahme patri-
archaler Strukturen in der kapitalis-
tischen Krise tragen auch die patri-
archalen Eigengesetzlichkeiten zur
Verschlechterung der Lebensbedin-
30 gungen von Frauen und zum Auf-
schwung des Rechtsextremismus
bei. Dieser findet seinen Nährboden
unter anderem in Teilen der männ-
lichen arbeitenden Klasse. Je krisen-
35 hafter die männlichen Arbeiter ge-
troffen werden, umso stärker setzen
sich die Interessen der persönlichen
Unterordnung der Frau in den Ge-
schlechterverhältnissen durch. In
40 diesem Kontext sind der Anstieg von
Femiziden und die Einschränkung
reproduktiver Rechte von Frauen zu
sehen, die wir in vielen Ländern be-
obachten müssen.

45 Wenn es uns nicht gelingt, die
Kämpfe gegen Kapitalismus und
Patriarchat zu verbinden, werden
die Lebensperspektiven für Frauen
noch härteren Formen der Herr-
50 schaft unterworfen.

**Imperialismus als Folge der Widersprü-
che**

55 Diese ökonomischen, ökologischen
und sozialen Krisen stellen die
Glaubwürdigkeit und Funktionsfä-
higkeit des herrschenden Systems in

Frage. Weltweit schwindet der Glau-
be an Kapitalismus und Demokra-
tie. Die imperialistische Zuspitzung
ist der reaktionäre Versuch, die Ak-
kumulationsbedingungen der do-
minanten Kapitalfraktionen sicher-
zustellen.

„Imperialisten, das sind die anderen“
heißt es scheinheilig. So ist es etwa
eine Verklärung, dass mit dem Krieg
in der Ukraine der Krieg auf den
europäischen Kontinent zurückge-
kehrt sei. Die Neuordnung Europas
mittels militärischer Gewalt begann
mit dem NATO-Angriff auf Jugosla-
wien. Das damalige Bombardement
wurde ohne Zustimmung der Ver-
einten Nationen ausgeführt. Eine
gemeinsame Verständigung der
USA mit Russland und China um
ein UN-Mandat stand nicht zur De-
batte. Die militärische Neuordnung
Europas begann damit nicht nur
mit einem Bruch des Völkerrechts.
Sie führte auch dazu, dass die UNO
in ihrer Bedeutung geschwächt wur-
de und war damit der Bruchpunkt
der UN-Sicherheitsarchitektur, die
in der Zeit der Blockkonfrontati-
on geschaffen wurde. Eine ehrliche
Debatte zu einer europäischen Frie-
densordnung nach dem Ende des
Realsozialismus hat nicht stattge-
funden. Der Bedeutungsverlust der
UNO schwächte vor allem die breit
getragene Friedensbewegung, der
ihr Anknüpfungspunkt für zivile
Konfliktregelung abhanden kam.
Der Irakkrieg, Afghanistan, Libyen
waren weitere Sargnägel für das Ver-
trauen ins Völkerrecht.

Von der Scheinheiligkeit ist es kein
weiter Weg zur offenen Heuchelei.
So wird in allen Ländern fleißig auf-
gerüstet. Die Aufrüstung, die bisher
noch immer die Schienen Richtung
Krieg gelegt hat, dient zwischen den
imperialistischen Blöcken als größ-
tes Machtmittel in den Kämpfen um
die Rangfolge im Weltkapitalismus.
In der Konfrontation zwischen den
kapitalistischen Mächten geht es
wie gehabt um die Sicherung von
Rohstoffquellen und Absatzmärk-
ten, im schwelenden Konflikt zwi-
schen den USA und China geht es
aber auch um den Kern des aktuell

vorherrschenden Akkumulationsre-
gimes, die Dominanz des Dollars als
Weltwährung.

Innerhalb der imperialistischen
Mächte dient die Aufrüstung der Re-
organisierung der kapitalistischen
Wirtschaft vom Neoliberalismus
Richtung Kriegskeynesianismus –
Befürworter:innen der Aufrüstung
erblöden sich nicht, den gesamt-
wirtschaftlichen Nutzen staatlicher
Investitionen in Rüstungsgüter zu
betonen. So zynisch es ist: Mit der
Nachfrage nach Waffen soll auch
nach innen „die Wirtschaft“ ange-
kurbelt werden. Dass die Kürzungen
im Sozialen und der Aufruf zur
Lohnzurückhaltung den Privatkon-
sum weiter einschränken, steht dazu
im offensichtlichen Widerspruch.
Die Aufrüstung geht deshalb mit
der Gängelung der arbeitenden
Klasse durch die verschärfte Auto-
ritarisierung der Gesellschaft ein-
her. Für uns ist klar: Aufrüstung ist
allen voran eine Klassenfrage. Auch
ohne in die kapitalistische Ideologie
staatlicher Sparsamkeit zu verfallen,
gilt: Wohnen statt Kanonen.

Der Umbau der Wirtschaft wird von
der Verdrängung der Klimakrise aus
dem öffentlichen Bewusstsein er-
gänzt. Während vor dem Krieg in der
Ukraine die weltweite Klimagerech-
tigkeitsbewegung dazu beigetragen
hat, das kapitalistische Projekt eines
Green Deals zu formulieren, ist dies
in den Debatten um Aufrüstung
wieder beiseite gewischt worden.
Dass das weltweite Militär der größ-
te eigenständige Klimakiller ist, ist
davon neuerlich nur eine Kehrseite.
Auch der antifeministische Back-
lash, den wir seit Jahren beobachten,
wird durch die neue Aufrüstungsdy-
namik weiter verstärkt und in Dienst
genommen. Die Militarisierung der
Gesellschaft geht notwendig mit
veränderten Bildern von Männlich-
keit und Weiblichkeit einher. Die ge-
sellschaftliche Mobilmachung wird
dabei zielgruppengerecht aufberei-
tet: Für Reaktionäre reaktionär, für
vermeintlich Progressive mit einer
Aufrüstungsrhetorik „starker Frau-
en“, wie sie aktuell die österreichi-
sche Außenministerin Beate Meinl-

1 Reisinger von den NEOS verkörpern darf.

So kann gleichzeitig ein traditionelles Geschlechterbild propagiert werden und über Wehrpflicht für Frauen nachgedacht werden: Eine Gesellschaft, die nicht „kriegsmüde“ werden darf, braucht Männer, die „kriegsmunter“ werden und Frauen, die munter das Menschenmaterial für die Front liefern oder eben selbst zur Waffe gerufen werden können. Wenn es uns nicht gelingt, eine starke Bewegung gegen Krieg und Imperialismus zu organisieren, wird die Militarisierung immer tiefer im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert und die Anknüpfungspunkte für solidarische Beziehungen immer kleiner.

Klassenkämpfe von oben und der Rechtsextremismus

Die ideologische Abstützung des Imperialismus hat viele Gesichter. Die Medienpolitik während der Coronapandemie war der Testlauf dafür, wie in der Kriegsdebatte verfahren wird: Wer die offizielle Erzählung skeptisch gesehen hat, auch wenn sie eklatante Widersprüche zeigte, wurde außerhalb des zulässigen Meinungsspektrums gestellt. Ein weiteres Gesicht des Klassenkampfes von Oben ist die politische Bearbeitung der Migrationsfrage. Während vor allem die Kriege der letzten Jahrzehnte im Nahen Osten, die Außenhandelspolitik der Globalisierung und zunehmend die Klimakrise weltweite Migrationsbewegungen erzwingen, pferchen Rassismus und Autoritarismus die Migrationsbewegungen in den Ankunftsländern in die prekären Sektoren des Arbeitsmarkts und versorgen das Kapital so mit leichter ausbeutbaren Menschen. Wer die Fahrt über das Mittelmeer überlebt, wird beinhart zu Geld gemacht und gleichzeitig dafür genutzt, Spaltungslinien innerhalb der arbeitenden Klasse zu produzieren.

Ressentiments gegen die Friedensbewegung und Klimagerechtigkeitsbewegung, Rassismus, Antifeminismus und Hetze gegen

erwerbsarbeitslose Menschen sind aktuell wesentliche Momente des ideologischen Klassenkampfes von oben. Armutsentwicklung, Einzelung und Verlust der Solidarstrukturen schwächen die Identifikation vieler arbeitender oder erwerbsarbeitsloser Menschen als Klasse. Während die Mächtigen zum Krieg trommeln, bewegen sich weite Teile der arbeitenden Klasse nur wie Schlafende mit Albträumen. Ihre eigentliche Macht als tatsächliche Produzent:innen des gesellschaftlichen Reichtums wurde erfolgreich aus dem Bewusstsein verdrängt.

Österreich in der imperialistischen Welt

Die Dynamiken des Weltkapitalismus sind zentrale Dynamiken in Österreich. Die Dominanz von Konzernen wie Amazon setzt kleine Handelsbetriebe unter großen Druck, die internationale Steuerflucht kosten uns jährlich Milliardenbeträge, große Teile der öffentlichen Debatte sind unmittelbar vom Meta-Konzern abhängig. Österreich ist kein Zuschauer im imperialistischen Wettrüsten, sondern integrierter Teil in den Konfrontationen der imperialistischen Machtblöcke. Österreich ist eine der am stärksten globalisierten Volkswirtschaften der Welt. Dadurch ist Österreich in extremer Abhängigkeit von seinen Exporten nach Deutschland, dem mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt. Es folgen die USA, sechs weitere EU-Staaten und die Schweiz.

Von einer ökonomischen Grundlage für die österreichische Neutralität kann keine Rede mehr sein. Damit wird die „immerwährende“ Neutralität Österreichs auch politisch seit Jahrzehnten immer stärker ausgehöhlt. Da wir an die Neutralität politisch anknüpfen wollen, wie es Verfassung und auch breite Teile der Bevölkerung wollen, müssen wir zukünftig auch die ökonomischen Voraussetzungen dafür in den Blick nehmen.

Ein leistbares Leben ist zur Kernfrage großer Teile der arbeitenden Klasse geworden. Die Teuerung der letzten Jahre, ein immer grö-

ßerer Sektor prekär Beschäftigter, Angriffe auf das Pensions- und Sozialsystem, Arbeitsplatzverluste in starken Industriezweigen wie der Automobilindustrie – auch in einem der reichsten Länder der Welt gerät die Arbeiter:innenklasse unter immer größeren Druck.

Wohnen steht im Zentrum der sozialen Frage in den kapitalistischen Ballungsräume des 21. Jahrhunderts. Das Gesundheitssystem gerät unter immer heftigeren ökonomischen Verwertungsdruck. Das verschlechtert die Versorgungssituation und die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen enorm. Betroffene von chronischen Erkrankungen wie zum Beispiel ME/CFS werden in Armut gedrängt. Pflegekräfte verlassen den Beruf, weil ihr Beruf im Gesundheitssystem krank macht. Beschäftigte im Bildungssystem, allen voran in der Elementarpädagogik, kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Das Hochwasser 2024 ist nur das jüngste Beispiel dafür, dass die Klimakrise nicht nur im globalen Süden zu wüten beginnt.

Globalisierung und die Krise der Demokratie

Die kapitalistische Krise am Ende des Neoliberalismus trifft Österreich mit noch geringeren Handlungsspielräumen als zuvor. So ideologisch die Rede von „objektiven Sachzwängen“ ist, so rational ist sie, wenn die kapitalistische Produktionsweise als beste aller möglichen Welten gilt. Die Globalisierung machte die arbeitende Klasse in Österreich noch abhängiger von den Dynamiken des Weltmarktes, verschlechterte ihre Kampfbedingungen um bessere Löhne und Arbeitsrechte, unterwarf ihre Konsummöglichkeiten den Krisenzyklen der Weltwirtschaft und warf eine Branche des Arbeitsmarktes nach der anderen auf den Müllhaufen der Kapitalakkumulation.

Weite Teile der Budget- und Wirtschaftspolitik wurden der demokratischen Entscheidung vollkommen entzogen. Das ist etwa in den EU-Verträgen festgeschrieben. In ihnen

1 ist die neoliberale Ideologie tief verankert. Statt Europa auf Augenhöhe zu vereinigen, werden die einzelnen Länder verstärkt in ökonomische Konkurrenz zueinander gesetzt und die Dominanz der großen Länder Kerneuropas festgeschrieben. Die Mächtigen haben die EU-Verträge nach ihren Interessen und Bedürfnissen geschrieben. Sie werden von den Reichen und Konzernen genutzt, um Privatisierungen, Kürzungen und Deregulierungen durchzusetzen und zu rechtfertigen.

15 Das führt auf zwischenstaatlicher Ebene zu wachsenden Konflikten. Innerhalb der EU haben wir das an der geballten Macht erlebt, mit der Griechenland während der Staatsschuldenkrise unter Kuratel gestellt wurde. Die Entscheidung des griechischen Volkes, sich diesem Regime nicht zu unterwerfen, konnte auch von einer linken Regierung nicht in staatliche Politik übersetzt werden. Mit konventioneller Politik von der Regierungsbank aus sind auch linke Perspektiven gegen die Macht des globalen Kapitalismus schlecht aufgestellt.

30 Der Rechtsextremismus baut auf dieser realen Ohnmachtserfahrung auf und leitet sie um. Nationalismus, Rassismus, Sexismus und andere soziale Spaltungslinien sind die ideologische Struktur, der entlang die Lebensentwürfe der arbeitenden Klasse einer noch stärker autoritären Perspektive unterworfen werden.

Die neue Regierung

Das laute Aufatmen, dass eine Regierung unter Führung der FPÖ „verhindert“ werden konnte, ignoriert den eigentlichen Vorgang. Unter dem Kommando der Industriellenvereinigung hat uns die ÖVP die Ermächtigung der FPÖ angedroht. Das diente als Rammbock, Widerstände gegen eine Fortsetzung der Politik für die Reichen von vornherein zu brechen. Von den zarten Pflänzchen einer Umverteilungspolitik wie Vermögenssteuern, jedem Kind ein warmes Mittagessen oder tatsächlich sozial gerechter Klima-

maßnahmen ist nichts übrig geblieben. Sanieren, sanieren, sanieren erklärt uns die Regierung. Übersetzt heißt das: Kürzen bei Pensionen und Sozialleistungen, rauf mit den Rüstungsausgaben. Das laufende Kürzungsprogramm, das in den nächsten Jahren dutzende Milliarden Euro „einsparen“ soll, bedient die Vorgaben der Europäischen Union – für die Durchführung verantwortlich: der „linkeste“ Finanzminister seit Jahrzehnten. Die Beteiligung der SPÖ an dieser Regierung lässt des Weiteren erwarten, dass sich die Gewerkschaften mehrheitlich fügsam in diese Politik eingliedern werden. Schon in der Vergangenheit waren das Kontrollbedürfnis der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie wesentliche Gründe für die Schwäche der Gewerkschaften.

Die Kürzungspolitik der Regierung trägt damit eher zu weiterem Gebietsgewinn für die FPÖ bei, als sie in ihre Schranken zu weisen. Das staatstragende Geraune von Budgetdisziplin, gleichmäßiger Lastenverteilung und engeren Gürteln gehört schon zu lange zum Schlafmittel für die ausgebeuteten Menschen. Die Aufrufe auch linksliberaler Meinungsmacher:innen zur demokratischen Verantwortung, die darin bestünde, dass wir neoliberale Technokrat:innen gegen den Rechtsextremismus stärken, erweist sich europaweit als hilfloses Rückzugsgefecht. Wer schon bei gesellschaftlichen Mehrheitsmeinungen wie Vermögenssteuern umstandslos einknickt, der wird gesellschaftliche Mehrheiten nicht ändern, auf denen das Erstarken des Rechtsextremismus fußt. Von der aktuellen Bundesregierung müssen wir das gleiche erwarten wie von den vergangenen: Sie wird kein Feuerlöscher, sondern Brandbeschleuniger des Rechtsrucks. Es ist Zeit, gegen die verbreitete Hoffnung anzugehen, die anderen etablierten Parteien würden etwas gegen die FPÖ unternehmen, wo sie ihr doch den Weg bereiten. Ein klassenbewusster Antifaschismus macht die gesellschaftlichen Gründe von prekären Lebensbiogra-

fien zum Thema. Unsere Herausforderung ist es, aufzuzeigen, dass der Markt nichts in unserem Interesse regelt, aber es zu ihm eine Alternative gibt. Die Menschen werden sich nur dann dem Rechtsextremismus entgegenstellen, wenn sie aus voller Überzeugung wissen, dass Rechtsextremismus ihren Interessen schadet. Dafür müssen diese Interessen aber auch für die arbeitende Klasse erlebbar formuliert und organisiert werden. Die Mittel, den Rechtsruck aufzuhalten, sind damit dieselben Mittel, eine kommunistische Perspektive in der Gesellschaft zu verankern.

Wenn wir die falsche Gegenüberstellung von Technokratie und illiberaler Demokratie überwinden wollen, müssen wir der Gesellschaft eine tatsächliche Alternative zur bestehenden Politik und zum Rechtsextremismus ermöglichen. Für die Einbettung Österreichs in der Welt bedeutet das allen voran: Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas muss auf ein neues demokratisches und solidarisches Fundament gestellt werden, das den Menschen und nicht den Banken und Konzernen dient.

Die Aufgaben der Partei

Welche Partei braucht daraus folgend die Gesellschaft? Welche Aufgaben muss die KPÖ deshalb österreichweit übernehmen? Wie schafft die KPÖ in dieser historischen Situation Veränderung? Wie kann die KPÖ eine aufrüttelnde Wirkung auf breite Teile der arbeitenden Klasse ausüben?

Solidarität und Klassenbewusstsein

Die begriffliche und praktische Grundlage gesellschaftlicher Gegenmacht ist Solidarität. Gegen die Verschlechterungen der Lebensbedingungen, gegen die Spaltung der arbeitenden Klasse und verschärfte strukturelle patriarchale Gewalt, für den Aufbau einer kämpferischen Arbeiter:innenbewegung hilft nur Klassensolidarität von unten. Aber diese Solidarität der Klasse fällt im Kapitalismus eben nicht

1 vom Himmel, im Gegenteil. Die ar-
 beitende Klasse ist durch verschie-
 dene Arbeitsverhältnisse in noch
 gut organisierte Teile und einen
 5 wachsenden prekären Sektor (von
 der Holzwirtschaft und Erntehilfe
 bis zu den Paketdiensten und den
 vielen Formen der Scheinselbst-
 ständigkeit), in Lohnarbeitende,
 10 unbezahlt Arbeitende und Erwerbs-
 arbeitslose gespalten, mehrheitlich
 weiblich und vor allem in den
 Städten immer stärker migrantisch
 geprägt. Die Spaltungen der Klasse
 15 sind nicht einfach eingetrichterte
 Irrtümer, sondern im tatsächlichen
 Sinn Ideologie, notwendig falsches
 Bewusstsein. Solidarität der Klasse,
 gemeinschaftliches Eintreten für
 20 gemeinsame Interessen, gegensei-
 tige Unterstützung und das Streben
 nach der Freiheit aller als Basis der
 Freiheit einer und eines jeden: Das
 muss organisiert werden. Hier fällt
 25 der weitere Aufbau der KPÖ als ver-
 bindende Partei unmittelbar zusam-
 men mit dem kollektiven Bedürfnis
 der arbeitenden Klasse.

Die arbeitende Klasse kann sich
 30 nur als gemeinsame Klasse erleben,
 wo sie die Gemeinsamkeit ihrer
 Position, ihrer Interessen und ih-
 rer Gestaltungsmöglichkeiten wie
 auch Unfreiheiten erlebt. Die Vor-
 35 aussetzung für proletarisches Klas-
 senbewusstsein ist die gemeinsa-
 me, verbindende Organisation der
 Alltagsinteressen der arbeitenden
 Klasse. Das wiederum braucht die
 40 Organisation gemeinsamer sozialer
 und kultureller Räume, in denen
 gemeinsam getan und gedacht, dis-
 kutiert und agiert wird. Solidarität
 und Selbstorganisationsfähigkeit in
 45 der arbeitenden Klasse gehen Hand
 in Hand. Was Staat und Kapital fort-
 während unterlaufen, gilt es für eine
 kommunistische Partei aktiv herzu-
 stellen. In diesem Sinne verstehen
 50 wir die KPÖ als nützliche Vorreite-
 rin der Gesellschaft.

Richtung Sozialismus

Die KPÖ steht heute für eine glaub-
 55 würdige soziale Perspektive unter
 den und jenseits der kapitalistischen
 Verhältnisse. Die KPÖ ist eine Partei

mit Gebrauchswert für die Menschen
 in Österreich, im konkreten Tun der
 kommunalen Politik des Alltags, so-
 wie in der langfristigen Perspektive
 einer klassenlosen Gesellschaft. Wir
 streben eine Gesellschaft an, in der
 die Gesellschaft nicht mehr über
 den kapitalistischen Markt struk-
 turiert ist, sondern die Bedürfnisse
 und Fähigkeiten der Bevölkerung
 mittels demokratischer Planung zu-
 einander in Beziehung gesetzt wer-
 den. Wir wollen der Herrschaft im
 Kapitalismus die Selbstorganisation
 der arbeitenden Klasse entgegenset-
 zen. Nicht die eine oder andere For-
 derung, sondern diese Perspektive
 macht die KPÖ zu einer Partei an-
 ders als die anderen Parteien.

Um dorthin zu kommen, ist es an der
 Zeit, die Schienen Richtung Sozialis-
 mus auch in unserer Praxis zu legen.
 Die Mitglieder der KPÖ müssen an
 sich selbst den Führungsanspruch
 darin stellen, Organisator:innen der
 wirklichen Bewegung zu werden, die
 den jetzigen Zustand aufhebt. Wir
 verstehen uns als Avantgarde nicht
 im Sinne einer Kommandozentrale,
 sondern als Pionier:innen der Selbst-
 organisationsfähigkeit der arbeiten-
 den Klasse. Der breiten Ausbildung
 unserer Mitglieder kommt deshalb
 entscheidende Bedeutung zu.

Der Maßstab des Gebrauchswertes
 der KPÖ ist die tatsächliche Verän-
 derung der Gesellschaft. Die KPÖ
 organisiert entlang dieser Idee
 praktische Solidarität als Mittel
 zur Verbindung der Klasse und als
 Gegenoffensive gegen den rechten
 Vormarsch. Fußend auf unserer
 Praxis für eine solidarische Gesell-
 schaft unterscheiden wir uns von
 bürgerlichen Parteien in unseren
 Inhalten, Arbeitsweisen und Zielen.
 Die Kommunistische Partei ist die
 Antwort auf den Rechtsruck in dem
 Sinne, dass sie Solidarität im Alltag
 mit einem positiven Gegenmodell
 zur bestehenden Gesellschaft ver-
 bindet. Die Kommunistische Partei
 muss die Antwort auf die Leiden der
 arbeitenden Klasse in der kapitalisti-
 schen Gesellschaft werden.

Die KPÖ macht die soziale Frage,
 Klassenpolitik und ein consequen-

tes Eintreten für Frieden und Neut-
 ralität zu ihren Leitlinien. Dabei gilt
 es in den kommenden Jahren auch,
 den engen Zusammenhang der so-
 zialen Frage mit der Friedensfrage
 weiter herauszuarbeiten.

Bündnisorientierte Friedenspolitik

Wir treten an gegen die Aufrüstung.
 Rüstungspolitik ist die Vorberei-
 tung der Verheerung der arbeiten-
 den Klasse. Rüstungspolitik ist ein
 sozialer Konflikt um die finanziellen
 Mittel. Aufrüstung ist verbunden
 mit Entdemokratisierung, Abschot-
 tung, Festung Europa und einer
 Festung Österreich. Der von der
 Trump-Administration ausgerufenen
 (und auch vom Interregnum Joe
 Bidens forcierte) neue Kalte Krieg
 gegen die Volksrepublik China
 schürt auch die Gefahr eines „hei-
 ßen“ Krieges. Wir stehen für eine
 diplomatische, wirtschaftliche und
 kulturelle Kooperation Österreichs
 und der europäischen Staaten mit
 China, den weiteren BRICS-Staa-
 ten und dem globalen Süden auf
 Augenhöhe. Konflikte müssen im
 Sinne eines Dialogs und Interessen-
 sausgleichs beigelegt werden. Das
 gilt auch insbesondere für eine neue
 Friedensordnung für Europa, die
 die Beendigung des Ukrainekriegs
 miteinbegreift.

Die Thematik Krieg/Frieden zeigt
 mehr als jedes andere Thema die
 Notwendigkeit nationaler und in-
 ternationaler Bündnispolitik. Ohne
 breite Friedensbewegung wird es
 keine Veränderung in der herr-
 schenden Politik geben. Von den
 Sozialeinrichtungen bis zur Klim-
 abewegung, von kirchlichen Organi-
 sationen bis zu den Gewerkschaften
 braucht es koordinierte Aktionen,
 den Zug zum Krieg aufzuhalten und
 umzulenken. Ohne organisatori-
 sches Zentrum wird es keine breite
 Friedensbewegung geben. Wir stel-
 len an uns selbst den Anspruch, die-
 ses organisatorische Zentrum zur
 Verfügung zu stellen.

Solidarische Sozialpolitik

Die Eigentumsverhältnisse in der
 Wirtschaft werden zum offensicht-

1 lichen Problem für unseren Lebens-
standard. Die KPÖ greift das beim
Wohnen, bei der Energieversorgung
und im Gesundheitssystem in trans-
5 formatorischer Perspektive auf und
steht für eine Grundsicherung ein,
die ihren Namen verdient. Die Ener-
giegrundsicherung ist ein Beispiel
dafür: Die soziale Frage der Ener-
giearmut wird verbunden mit einem
10 Modell, das die Bevölkerung durch
die Vergesellschaftung der Energie-
konzerne direkt an den Mitteln der
Energieproduktion beteiligt und
15 damit den Energiesektor demokra-
tisiert.

Die damit verbundene Aufgabe der
KPÖ ist der Wiederaufbau solidari-
scher gesellschaftlicher Strukturen
mit der Perspektive eines kämpferi-
20 schen Klassenbewusstseins. Soli-
darische Projekte sind Projekte, die
alltägliche Nützlichkeit mit Selb-
storganisationsfähigkeit und einer
den Kapitalismus überwindenden
25 Perspektive verbinden. Sie haben
unmittelbar Gebrauchswert für die
Angehörigen der arbeitenden Klasse
und schaffen Infrastruktur zu ihrer
bewussten Organisation und intel-
30 lektuellen Weiterentwicklung.

Auch die Zumutungen der patri-
archalen Unterordnung der Frau
lassen sich in dieser Orientierung
35 kontern. Die Geschlechterverhält-
nisse bilden ebenso notwendige
Ausgangspunkte für den Aufbau
solidarischer Strukturen. Sorgear-
beit ist eine gesamtgesellschaftliche
40 Verantwortung und muss auch von
Männern gleichermaßen wahrge-
nommen werden.

Gleichzeitig sind solidarische Pro-
jekte wertvolle Anknüpfungspunkte
45 für gesellschaftliche Bündnispoli-
tik – die neoliberale Offensive hat
die Klassenfrage auch für Nicht-
Marxist:innen zumindest unbe-
wusst wieder in den Mittelpunkt
50 gerückt. Man muss kein:e ausgebil-
dete Marxist:in sein, um sich in einer
kommunistischen Nachbarschafts-
küche zu engagieren. Geteilte Inte-
ressen überschreiten ideologische
55 Grenzen und erschließen der KPÖ
damit Möglichkeiten, eine gemein-
same Grundlage für gesellschaft-

liche Bündnisse zur Verfügung zu
stellen.

Bündnispolitisch orientierte Aktivi-
täten der Partei und die Organisati-
on der lokalen Verankerung stehen
zueinander nicht in Konkurrenz, im
Gegenteil. Manche tun beides, man-
che eines davon, im besten Fall mit
voller Leidenschaft und in gegensei-
tiger Anerkennung. Die KPÖ wird
ihren Aufgaben nur gerecht werden
können, wenn es uns gelingt, die
Partei in ihren organisatorischen
und eigenständigen Strukturen zu
stärken und gleichzeitig andere ge-
sellschaftliche Kräfte in der Perspek-
tive von Frieden und sozialer Sicher-
heit zu bündeln.

Die Partei im bundesweiten Aufbau

Um diesen Aufgaben gerecht zu
werden, braucht es eine starke, bun-
desweit handlungs- und kampag-
nenfähige KPÖ. Uns ist seit dem
letzten Parteitag vieles gelungen.
Wahlerfolge in Graz, Linz, Salz-
burg und Innsbruck und weiteren
Gemeinden, deutliche Stimmenge-
winne bei EU-Wahl, Nationalrats-
wahl und der Landtagswahl in Wien
stärken uns als politischen Faktor
in den Parlamenten und Medien.
Die eigenständige Medienarbeit der
Partei hat erste Fortschritte erzielt
und uns zehntausende neue Kon-
taktmöglichkeiten geschaffen. Das
Mitgliederwachstum ermöglicht
vielen Grundorganisationen deut-
lich gesteigerte Aktivitäten und die
Gründung lokaler Parteigruppen.
Erste Ansätze solidarischer Projekte
zeigen, dass diese Idee in der Gesell-
schaft auf fruchtbaren Boden fallen
kann, wenn sie kontinuierlich und
offen gestaltet und beworben wird.
Daraus folgen Anknüpfungspunkte
und Fortsetzungsperspektiven für
den weiteren Parteaufbau. Gleich-
zeitig zeigen sich auch die Leerstel-
len, die es mit noch größerem Ein-
satz anzugehen gilt.

Die KPÖ hat in den letzten Jahren
verstärkt Erfolge auf kommunaler
Ebene erreicht. Kommunalpolitik
ist selbstverständlicher und we-

sentlicher erster Ansatzpunkt, weil
fehlende Solidarität überall vor Ort
zum Problem wird, während An-
sätze organisierter Solidarität un-
mittelbar spürbar werden. Deshalb
sind Kommunen ein entscheidendes
Gebiet für die politische Ausein-
dersetzung. Sie werden vielen Men-
schen zunehmend wichtiger werden,
die sich direkt einmischen und auf
Entscheidungen, die noch begreif-
bar und veränderbar sind, Einfluss
nehmen wollen. Die politischen
Schwerpunkte der KPÖ liegen vor
Ort vor allem im Kampf für leistba-
res Wohnen und erschwingliche Ge-
bühren, gegen die Privatisierungen
öffentlichen Eigentums und für den
Erhalt und den Ausbau der sozialen
Daseinsvorsorge. Die lokale Veran-
kerung der KPÖ ist damit eine not-
wendige Voraussetzung, ihren Auf-
gaben gerecht zu werden. Um unsere
lokale Mandatstätigkeit weiter zu
stärken, rufen wir einen kommunal-
politischen Arbeitskreis ins Leben,
der eine bundesweite Kommunika-
tions- und Unterstützungsstruktur
bereitstellen soll.

Gleichzeitig konstituiert sich unsere
Gesellschaft unter den Dynamiken
des Imperialismus nicht primär lo-
kal. Die EU beeinflusst unseren All-
tag entscheidend: Ob unsere Bahnen
öffentlich organisiert sind oder zur
Profitmaximierung dienen, was wir
essen und nicht zuletzt, ob Unsum-
men für Kriege oder für nützliche
Dinge wie Wohnen ausgegeben wer-
den, entscheidet sich auch in Brüs-
sel. Wie viel Geld den Gemeinden
zur Verfügung steht, das können sie
selbst nur sehr bedingt beeinflussen.
EU und Bundespolitik beschränken
den Handlungsspielraum der Ge-
meinden entscheidend. Die Gemein-
den bluten finanziell aus. Die Mit-
tel, auf lokaler Ebene die sozialen
Verwerfungen auszugleichen, sind
mehr als begrenzt.

Wir treten dafür ein, unsere Grund-
bedürfnisse nicht den Profitinter-
essen einiger weniger auszuliefern.
Das heißt auch, die damit verbun-
denen Konflikte offen und kon-
frontativ zu führen. In Fragen des
öffentlichen Wohnbaus, der Ener-

1 giegrundsicherung, der Aufrüstung
und der Gemeindebudgets etwa
muss der Bruch der EU-Verträge ge-
sellschaftlich mehrheitsfähig wer-
5 den. Was wir zum Leben brauchen –
Wohnen, Energie, Gesundheit und
eine lebenswerte Umwelt – müssen
wir gemeinschaftlich und entlang
unserer Bedürfnisse organisieren.
10 Unsere Perspektive greift die EU im
Gegensatz zum Rechtsextremismus
nicht aus einer rückwärtsgewand-
ten nationalen Sehnsucht an, son-
dern in ihrem Widerspruch zu den
15 Lebensbedingungen der arbeiten-
den Klasse Europas. Unsere Aufga-
be ist es, diesen Widerspruch zu po-
litisieren und zu organisieren.

20 Die KPÖ kann ein glaubwürdiges
Gegenbild zur aktuellen Situation
und erfahrbare Praxis der Solidari-
tät nur dann in der Gesellschaft ver-
ankern, wenn sie sich gleichzeitig
25 lokal und bundesweit aufbaut. Die
lokale Ausbreitung wird nur gelin-
gen, wenn eine starke Bundesebene
über die Hürden des Anfangs un-
terstützend hinweg hilft und eine
gemeinsame Perspektive entwirft.
30 Gerade kleine Gruppen haben noch
wenig Erfahrung damit, wie Orga-
nisationskultur gestaltet werden
kann, um unsere Politik zugängli-
cher zu machen. Vom Kennenlern-
treffen über die Crash-Kurse bis zu
konkreten Angeboten zum Mitma-
chen brauchen wir im lokalen Auf-
bau aktive Unterstützung durch die
40 Bundesebene bei der Einbindung
von Neumitgliedern. Dazu gehört
auch die Erarbeitung und bessere
Zugänglichkeit von Leitfäden.

Die bundesweite Konstitution der
45 KPÖ kann nur gelingen, wenn sich
alle lokalen Mitglieder als Teil die-
ses bundesweiten Aufbaus begreifen
und entsprechend agieren. Die Ana-
lyse der Nationalratswahl hat deut-
lich gezeigt, dass wir nur teilweise
50 die lokalen Wähler:innenstimmen
für die nationale Ebene mobilisie-
ren können. Das liegt in unseren
Augen daran, dass der Partei ein
bundespolitisches Profil fehlt. Ne-
ben unterentwickelter Positions-
arbeit fehlt aber auch die bundes-

politische Praxis, die dieses Profil
schärft, im Alltag zugänglich macht
und damit zur Diskussion stellen
würde. Bundesweite Medien der
KPÖ, die in gewisser Regelmäßig-
keit eine sich vergrößernde eigen-
ständige Öffentlichkeit herstellen,
wären ein Beitrag in diese Richtung.
Die angesprochenen Grenzen staat-
licher Politik in der imperialisti-
schen Situation machen den Blick
nochmals klarer dafür, dass sich
die KPÖ nicht nur an Wahlerfolgen
messen darf, sondern ihren Maß-
stab in der wirklichen Verankerung
in der Gesellschaft und ihrer Verän-
derung findet. Uns darin gegenseitig
zu inspirieren und zu unterstützen,
unsere solidarischen Projekte wei-
ter aus- und aufzubauen, verlangt
von der Bundespartei eine bessere
Erfassung, Koordination und Wei-
terentwicklung des vorhandenen
Potentials unserer Mitglieder. Das
hat ebenso Konsequenzen für un-
sere Bemühungen in der Gewerk-
schaftspolitik. Die österreichischen
Gewerkschaften sind weitgehend
in das kapitalistische System inte-
griert. Eine kämpferische Gewerk-
schaftspraxis hat schon lange keine
Tradition mehr. Umso wichtiger ist
es, die KPÖ auch auf diesem zent-
ralen Feld der sozialen Kämpfe zu
stärken. Gemeinsame Erfahrungen
und Erfolgserlebnisse in Arbeits-
kämpfen sind ein wichtiges Feld
solidarischer Praxis. Im Bereich
der Pflege oder der Elementarpäd-
agogik konnten dazu in mehreren
Bundesländern gute Erfahrungen
gemacht werden. Ziel sollte es sein,
das auf andere Branchen auszuwei-
ten. Ein erster Schritt dazu soll eine
bundesweite Strategie zur Berufs-
felder-Organisation sein.

Um unserem Charakter als femi-
nistische Partei besser gerecht
zu werden, müssen wir verstärkt
unsere Analysen auch in die ge-
sellschaftliche Praxis übersetzen.
Anlassgebend für weiterführende
Überlegungen wäre etwa die Frage,
wie die KPÖ über die Vergemein-
schaftung bestimmter Aspekte der
unbezahlten Sorgearbeit den poli-
tischen Charakter der Reproduk-

tionssphäre und ein solidarisches
Leben der Geschlechterverhältnisse
adressieren kann. Dazu werden in
der KPÖ Projekte wie Kinderkinos,
Kleidertauschbörsen oder Angebo-
te der Kinderbetreuung diskutiert.
Gleichzeitig können eigene Räume
für Frauen innerhalb und über die
Partei hinaus einen zusätzlichen
Gebrauchswert für Frauen liefern.

Unsere nächsten Schritte

Über den lokalen Aufbau der KPÖ
hinaus legen wir deshalb als nächste
Schritte des Parteaufbaus fest:

1. Programm-Prozess: Erarbeitung eines
gemeinsamen Programms als ideo-
logische Richtschnur für die täg-
liche Politik der KPÖ. Beginn mit
dem Parteitag 2025, Abschluss nach
zwei Jahren. Aufbau bundesweiter
Diskussionsstrukturen zur stärke-
ren demokratischen Rückkopplung,
Verbesserung der Debattenkultur so-
wie Entwicklung einer gemeinsamen
Sprache und geteilten Begriffe.

2. Statuten-Prozess: Anpassung des ge-
meinsamen Regelwerks der Partei an
den Stand der Parteientwicklung im
Anschluss an den Programm-Prozess.

3. Finanzen: In den kommenden Jahren
soll es zu einer stärkeren gemeinsa-
men Planung der Finanzen der KPÖ
kommen und es soll Ausbildungsmö-
glichkeiten für Bezirksorganisati-
onen und Landesorganisationen im
Bereich der Budgetierung und Finan-
zen geben.

4. Kommunalpolitische Arbeit: Aufbau ei-
ner Kooperationsstruktur für kom-
munalpolitische Mandatar:innen zur
Förderung des Austauschs, effizienter
Ressourcennutzung und Formulie-
rung bundespolitisch relevanter An-
liegen der Gemeinden.

5. Frauenstrukturen: Ausbau und Stär-
kung lokaler und bundesweiter
Frauenstrukturen sowie Förderung
feministischer Theoriearbeit und
Frauenförderung.

6. Solidarische Projekte: Aufbau bundes-

1 weit organisierender Arbeitsgruppen
zur Unterstützung, Vernetzung und
politischen Begleitung lokaler solida-
rischer Projekte.

5

7. Bildungsarbeit: Unterstützung lokaler
Bildungs- und Diskussionsangebote
durch den Ausbau gemeinsamer Ver-
anstaltungsreihen und bessere Hilfe-
10 stellungen, etwa Referent:innenlisten.

8. Kaderentwicklung: Schaffung bundes-
weiter Ausbildungsmöglichkeiten für
Kader, unabhängig von den finanziel-
15 len Mitteln der Landesorganisationen.
Ziel ist es, insbesondere schwächere
Landesorganisationen zu stärken und
eine zugängliche Organisationskultur
zu fördern.

20

9. Berufsfelder: Entwicklung einer Stra-
tegie zur Organisierung nach Berufs-
feldern, um den Aufbau der KPÖ im
Bereich der Arbeitskämpfe zu ermög-
25 lichen.

10. Friedenspolitik: Stärkung lokaler,
bundesweiter und internationaler Ar-
beit im Bereich Friedenspolitik mit
dem Ziel, eine starke und breite Frie-
densbewegung zu bilden.

11. Medienarbeit: Aufbau bundesweiter
Medien zur Bewusstseinsbildung über
35 nationale und internationale Themen
sowie zur Orientierung der Mitglieder
in den relevanten Fragen der Zeit.

40

45

50

55